

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten**

**betreffend eine Resolution für die Aufrechterhaltung des Systems der ehrenamtlichen Tätigkeit bei Einsatzorganisationen durch die Nichteinbeziehung dieser Organisationen in die geplante Änderung der EU-Arbeitszeitrichtlinie**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass auf europäischer Ebene alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass die Tätigkeit von ehrenamtlichen Mitgliedern bei Einsatzorganisationen in die geplante Änderung der EU-Arbeitszeitrichtlinie mit einbezogen wird.

### **Begründung**

Der Ministerrat der EU-Mitgliedsstaaten plant seit längerer Zeit eine Änderung der EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG, welche im August 2004 in Kraft getreten ist. Wesentlicher Inhalt dieser geplanten Änderung ist eine Beschränkung der Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden.

Geht es nach den Plänen des zuständigen EU-Kommissars Laszlo Andor, soll auch die Tätigkeit von ehrenamtlichen Mitarbeitern bei Einsatzorganisationen in Form von besonderen Bestimmungen in diese neue Regelung miteinbezogen werden.

Dieses Vorhaben würde das gesamte Ehrenamtssystem in vielen Ländern, und so auch in Oberösterreich, gefährden und muss daher abgewendet werden. Würde man etwa die Arbeitszeit bei der Freiwilligen Feuerwehr in die geplante Beschränkung der Wochenarbeitszeit mit einbeziehen, blieben pro Woche lediglich acht Stunden im Einsatzfall bzw. für Übungen zur Verfügung, wodurch die Einsatzbereitschaft nicht mehr im erforderlichen Ausmaß gewährleistet wäre.

Als Konsequenz müssten in vielen Organisationen hauptberufliche Einsatzkräfte angestellt werden, was in Anbetracht der finanziellen Situation der Gebietskörperschaften undenkbar ist.

Es müssen daher auf europäischer Ebene unverzüglich intensive Gespräche geführt werden, um das bewährte Ehrenamtssystem in Oberösterreich so wie bisher aufrechterhalten zu können.

Linz, am 13. März 2012

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner, Povysil, Klinger, Schießl, Nerat, Cramer, Mahr, Lackner, Wall**